

DR. MAX TIEFENBACHER
DR. ERNST FRAMHEIN
DR. MAX STEEGER
DR. OSWALD TIEFENBACHER
RECHTSANWÄLTE

TELEGRAMM-ADRESSE: ADVOCAT-HAMBURG

KONTEN:
LANDESZENTRALBANK HAMBURG 96
FINANZBANK A.-G., HAMBURG
POSTSCHECK HAMBURG 42023
SÄMTLICH UNTER DR. MAX TIEFENBACHER

11. NOV. 1950

3/ane

Anlagen 2

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

10. November 1952

(24a) HAMBURG 36, DEN

NEUER WALL 10 III. (GUTRUFHAUS)

FERNSPRECHER: 34 08 70 UND 34 45 21



Aktenz. : VI / Z 4863 -1-

In der Rückerstattungssache

Ilse Stern

./.

Deutsches Reich

(Oberfinanzdirektion Hamburg)

/RAe. Dres. Tiefenbacher
Framhein Steeger
Tiefenbacher/

Wird auf das Schreiben der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 30.10.1952 für die Wiedergutmachungsberechtigte Folgendes erwidert :

Nach den Angaben im Schriftsatz des Unterzeichneten vom 9.9.1952 belief sich der Wert des Umzugsgutes der Antragstellerin auf insgesamt RM 46.807.--.

Ein Feststellungsbeschluss über nur RM 7.000.-- würde daher nicht ausreichen, um den der Antragstellerin entstandenen Schaden wiedergutzumachen.

Nach Artikel 26 Abs.2 REG ist der Rückerstattungspflichtige im Falle des Weiterverkaufs der entzogenen Gegenstände keineswegs nur zur Herausgabe der Bereicherung verpflichtet. Er ist vielmehr schadensersatzpflichtig. Daraus ergibt sich, dass die Schadensforderung der Antragstellerin der Höhe nach nicht identisch sein kann mit dem Erlös, den die Antragsgegnerin aus der Versteigerung des entzogenen Umzugsgutes erzielt hat.

Für die Antragstellerin :
Der Rechtsanwalt :

Tiefenbacher

1) ☒ Beschl an OFD z K u Str.

2) z. Fr.

12/11/52

K.

Ausgefertigt am 14/11.52
Gelesen am 14. Nov. 1952
Abgesandt am

V.
1) *Abstr. ab ant*
Not. z. Kenntnis

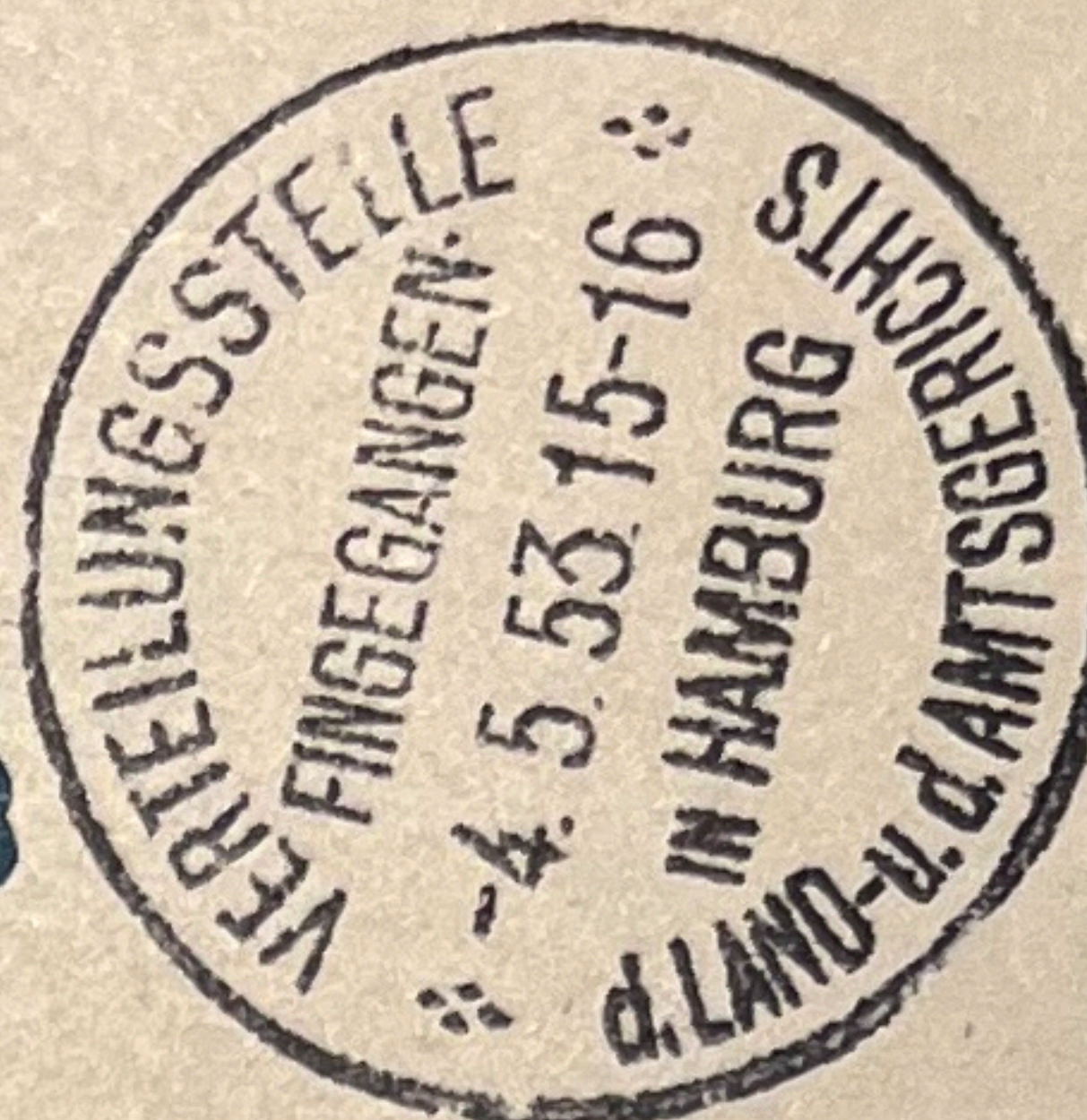
24
Hamburg 13, den 27. April 1953.
Hartungstraße 5
Tel.: 34 10 04

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

(3-fach)

(24a) Hamburg 36
Sievekingplatz

zu) ab 9.5.53 - 7.6.53
Sillem



In der Rückerstattungssache
2.WiK 17/53 - VI/Z 4863 -1-
Ilse S t e r n

Bevollmächtigter: RA. Dr. Max Steeger, Hamburg,

Antragsteller,

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg -
Finanzbehörde-, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg,

Antragsgegner,

wird auf den Schriftsatz der Antragstellerin vom 1.4.1953 wegen

Umzugsgut

erwidert, daß wohl in dem Schriftsatz der Antragstellerin vom 9.9.1952 behauptet wird, daß es sich entgegen der Angabe im Antrag vom 12.2.52 nicht um einen, sondern um 2 Lifts gehandelt haben soll, dies bisher jedoch nicht bewiesen wurde. Diese Behauptung der Antragstellerin wurde auch erst aufgestellt, nachdem mein Schriftsatz vom 2.4.52 vorlag.

Ich muss unter den gegebenen Umständen daran festhalten, daß die von mir ermittelte Versteigerung nicht mit der Antragsforderung identisch ist. Dies umsomehr, als der von der Antragstellerin auf der Rückseite des Antrages vom 12.2.52 genannte Erlös von dem Erlös der von mir ermittelten Versteigerung erheblich abweicht. Der Name "Stern" ist nicht selten, bei mir bestehen allein 50 Akten dieses Namens. Auch der Vorname "Ilse" ist nicht selten, wenn er auch bei mir zunächst nur einmal vorkommt.

Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen muss ich eine sehr sorgfältige Beweisermittlung durchführen, wofür die Antragstellerin sicher auch Verständnis haben wird.

Vorsorglich bitte ich erneut um Zurückweisung des Antrages.

Im Auftrag:

(Sillem)

Oberfinanzdirektion Hamburg

St 225 - BV 414 -

Hamburg 13, den 16. Mai 1953
Postanschrift : Hartungstr. 5
Büro Wiedergutmachung
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a
Tel. : 34 10 04

Vorm.
2. Abschr. an Antragstell.
ab.

An das

Landgericht Hamburg

(dreifach)

- 2. Wiedergutmachungskammer -

H a m b u r g 36

Sievekingplatz



In der Rückerstattungssache

- 2. Wik 17/53 -

- VI/Z 4863 - 1 -

Ilse S t e r n

Bevollmächtigter: RAe. Dres. Tiefenbacher,
Framheim, Steeger,
Tiefenbacher,

Antragsteller,

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg
- Finanzbehörde -, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg,

Antragsgegner,

wird zu dem Schriftsatz der Antragstellerin vom 17.4.1953
wegen

Umzugsgut

erwidert, daß die angezogene Notiz in der Akte der Devisen-
stelle besagt, daß die Genehmigung des Abtransports des Um-
zugsguts in das Ausland versagt werden müsse, weil beim
Finanzamt Hamburg - Rechtes Alsterufer noch Steuerrückstände
in Höhe von 312,62 RM bestanden. Dieser Vorgang ist keine
Entziehung des Umzugsguts. Es ist auch keine Beschlagnahme.

Eine Versteigerung von einem Lift auf den Namen der An-
tragstellerin konnte nicht ermittelt werden. Die nachträgliche
Behauptung, daß es sich nicht um einen, sondern um 2 Lifts
handelte, ist wertlos, da sie erst auf Grund meines Schrift-
satzes vom 2.4.1952 erhoben wurde. Es muß doch wohl davon
ausgegangen werden, daß die Antragstellerin, als sie ihren
Schaden mit einem Lift angab, sehr wohl über ihre zu

stellenden

stellenden Ansprüche unterrichtet war. Es kann auch bei dem Alter der Antragstellerin nicht von einem Gedächtnis-
irrtum gesprochen werden.

Ich bitte um Abweisung des Antrags.

Im Auftrag

(Sillem)

Heinrich Bobsien
Gerichtsvollzieher
Hamburg 36
Versteigerungshaus

Hamburg, den 22. Mai 1953

An das

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer 2.

H a m b u r g

23 Mai 1953

In der Rückerstattungssache

Stern

gegen

Deutsches Reich

2 Wlk. 17/53

Zum Beschluss der 2. Wiedergutmachungskammer vom 22. 4. er.
erstatte ich folgendes Gutachten:

Nach den Angaben in der eingereichten Liste über die entzogenen Gegenstände handelt es sich teils um antike Möbel und sonstigen Hausrat. Auch der Beschluss der Wiedergutmachungskammer weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich nach dem Inhalt der Devisenakte um wertvolles Umzugs-
gut gehandelt hat.

Die in der Liste geforderten Preise sind m.E. durchweg zu hoch angesetzt. Wenngleich es sehr schwer ist für antike Möbel pp., die man nie gesehen hat, Preise festzusetzen, komme ich als langjähriger Versteigerer und Schätzer doch zu der Auffassung, dass auch die hierfür geforderten Preise zu hoch liegen. Bei der Festsetzung muss doch berücksichtigt werden, dass gebrauchter Hausrat, insbesondere Wäsche pp. immer nur einen Bruchteil des ehemaligen Anschaffungswertes besessen hat. Selbst wenn man davon ausgeht, dass es sich um erstklassige Qualitäten gehandelt haben wird, sind die geforderten Preise für Wäsche siehe Bl. 12 besonders übertrieben hoch angesetzt. Die Wäsche war seit 1923 im Besitz, wenn auch fortlaufend ergänzt.

Den Wert der Gegenstände, die der Antragstellerin entzogen wurden und die im Verzeichnis Blatt 11-18 d.A. aufgeführt sind, schätze ich auf insgesamt

RM. 12.129.--

und zwar ist dies der Wert zum Zeitpunkt der Entziehung.

Es sich bei dem abgelieferten Versteigerungserlös des Versteigerers Schopmann Bl. 21 d.A. mit einem Bto. Betrag von RM 4025.-- um den gleichen Haushalt gehandelt hat, ist nach der Akte ungeklärt. Es liegen auch keine Unterlagen darüber vor, welche Gegenstände s. Zt. versteigert wurden.

Meine Einzelschätzungen habe ich mir erlaubt mit Rotstift in die Liste Bl. 11 - 18 einzufügen. Jedenfalls habe ich versucht bei meiner Taxenabgabe die Interessen der Antragstellerin bestmöglichst zu berücksichtigen.

V.

1) Ausf. an Part. (Verk.)

zur Stellungnahme binnen 2 Wo.

2) 3 Wo. (KT.)

Gerichtsvollzieher

20/6

26/5.53

zu 17 2. ab
28/5.53 Pl

Hamburg 13, den 2. Juni 1953

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer
H a m b u r g 36
Sievekingplatz

(dreifach)



In der Rückerstattungssache

- 2 WiK 17/53 -

VI/Z 4863 - 1 -

Ilse Stern,

Bevollmächtigte: RAe Dres Tiefenbacher, Framhein, Steeger,
Tiefenbacher,

Antragsteller,

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg
- Finanzbehörde -, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg,

Antragsgegner,

wird der Eingang des Gutachtens des Gerichtsvollziehers Bobsien
vom 22.5.1953 mit Auflage vom 26.5.1953 bestätigt.

Das Gutachten hat kaum einen Wert. Es ist in diesem Fall,
wie immer, vom Gutachter wiederum betont worden, daß es praktisch
unmöglich ist, Gegenstände zu taxieren, die man nicht gesehen
hat. Solche Konstruktionen aber sind viel zu vage, um einen
tatsächlichen Wert zu haben.

Im übrigen ergibt sich aus meinem Schriftsatz vom 16.5.1953,
daß eine Beschlagnahme nicht erwiesen ist; vielmehr hat sich
der Verbleib des Umzugsguts überhaupt nicht feststellen lassen.
Im Hinblick auf meine Ausführungen im Verfahren Pohly gegen
Deutsches Reich - 2 WiK 337/51 E - vom 24.11.1951 muß ich wieder-
holt um Abweisung des Antrags bitten.

Im Auftrag

V.

1) Abschr. an Art. z. Kenntnis (Silleme)
2) Fritz Langst (36R.)

zu 1) ab
11/6.53 12

10.

6.13

DR. MAX TIEFENBACHER
DR. ERNST FRAMHEIN
DR. MAX STEEGER
DR. OSWALD TIEFENBACHER
RECHTSANWÄLTE

(24a) HAMBURG 36, DEN 11. Juni 1953
NEUER WALL 10 III. (GUTRUFHAUS)
FERNSPRECHER: 34 08 70 UND 34 45 21 Sammelnummer

TELEGRAMM-ADRESSE: ADVOKAT-HAMBURG

KONTEN:
LANDESZENTRALBANK HAMBURG 96
FINANZBANK A.-G., HAMBURG
POSTSCHECK HAMBURG 42023
SÄMTLICH UNTER DR. MAX TIEFENBACHER

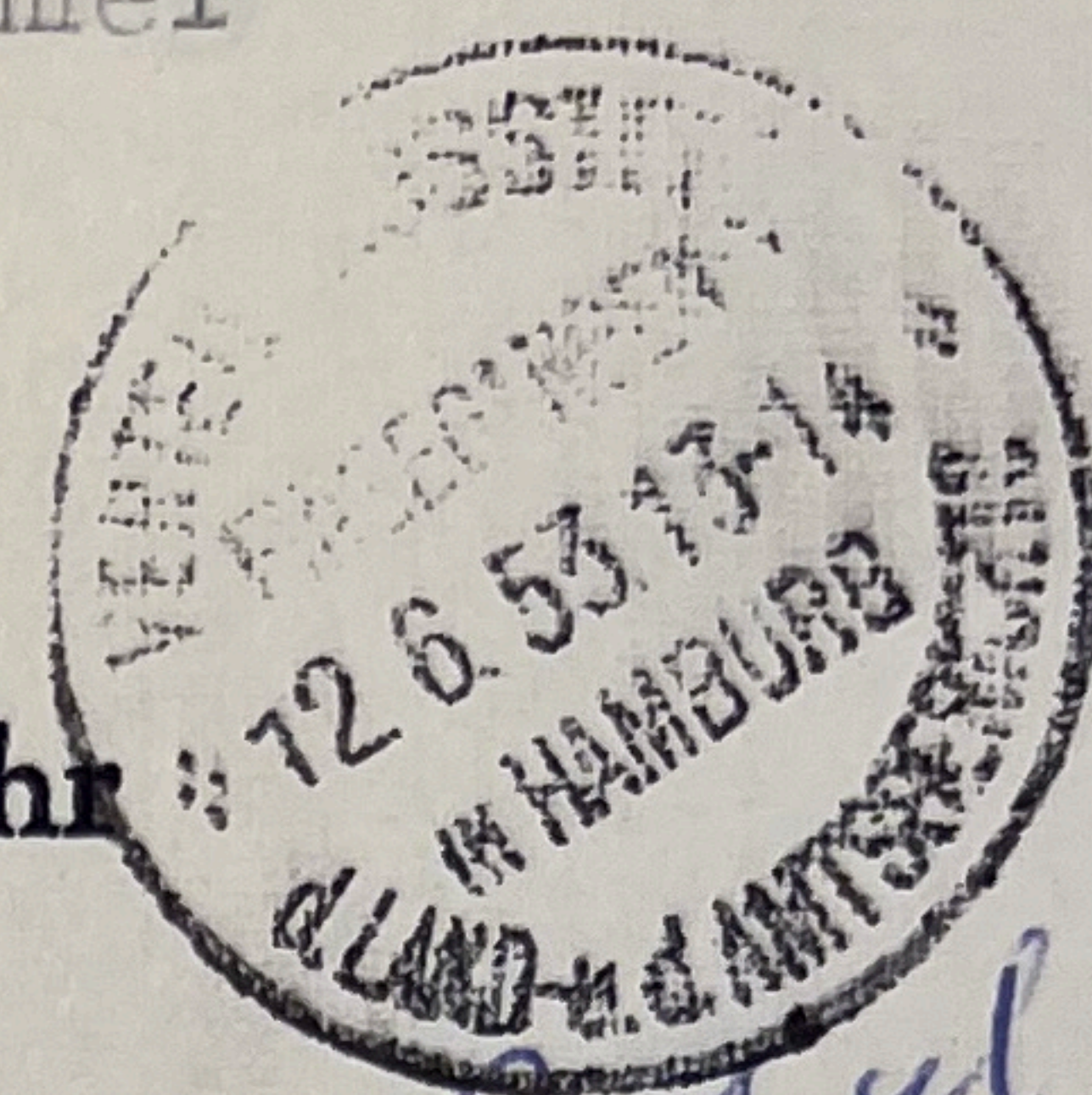
An das

Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

mit Verhandlungstermin
den 21. 7. 1953 10 1/2 Uhr
2 WiK 17/53 - Hamburg, den 20. Juni 1953
VI/Z 4863

Der Vorsitzende
der Wiedergutmachungskammer 2

In der Rückerstattungsabteilung



*2x 9. 10. 1. gel.
12. 17. 16. 1.
22/6.53 gel. abg.*

Ilse Stern ./. Deutsches Reich
/Dres. Tiefenbacher, Fram- /Oberfinanzdirektion/
hein, Steeger, Tiefenbacher/ Hamburg

wird für die Antragstellerin auf den Schriftsatz des
Antraggegners vom 16.5.1953 erwidert:

Wenn der Staat im Jahre 1939 den Abtransport des ausser-
ordentlich wertvollen Umzugsgutes der Antragstellerin
in das Ausland versagte wegen einer Steuerschuld von
nur 312.62 RM, dann ist dieses Verhalten ein Staatsakt,
der einen Missbrauch staatlicher Machtbefugnis im
Sinne des Art. 2 Abs. 1 REG darstellt. Er war auch des-
wegen missbräuchlich, weil die Steuerrückstände der
Antragstellerin sog. verfolgungsbedingte Abgaben
(Reichsfluchtsteuer) betrafen. Durch diese Massnahme
verlor die Antragstellerin den Besitz und die Verfügungs-
befugnis an dem streitigen Umzugsgut. Also liegen die
Voraussetzungen des Abs. 1 des Art. 2 REG vor, und der
Antragsgegner wäre zur Rückerstattung des Umzugsgutes
verpflichtet, wenn es noch vorhanden wäre. Es ist
offensichtlich nicht mehr vorhanden. Also ist der Antrags-
gegner schadensersatzpflichtig, es sei denn, dass
er den in Art. 26 Abs. 2 REG angegebenen Beweis führt.

Ob das abhandengekommene Umzugsgut in einem oder in
zwei Liftvans verpackt gewesen ist, ist rechtlich ohne
Belang, da auf jeden Fall auf Grund der Devisenakten
feststeht, welches Umzugsgut seiner vorhanden gewesen
und beschlagnahmt worden ist. /zeit

*zu 1. ab
22/6.53 gel*

V.

1) Abschr. ab an 16.7.

Kenntnis

2) Herrn Dir. Dr. Röcher

Für die Antragstellerin
der Rechtsanwalt:

[Signature]

DR. MAX TIEFENBACHER
DR. ERNST FRAMHEIN
DR. MAX STEEGER
DR. OSWALD TIEFENBACHER
RECHTSANWÄLTE

TELEGRAMM-ADRESSE: ADVOKAT-HAMBURG

KONTEN:

LANDESZENTRALBANK HAMBURG 96

FINANZBANK A.-G., HAMBURG

POSTSCHECK HAMBURG 42023

SÄMTLICH UNTER DR. MAX TIEFENBACHER

(24a) HAMBURG 36, DEN

NEUER WALL 10 III. (GUTRUFHAUS)

FERNSPRECHER: SAMMELNUMMER 34 45 21

22. Juli 1953

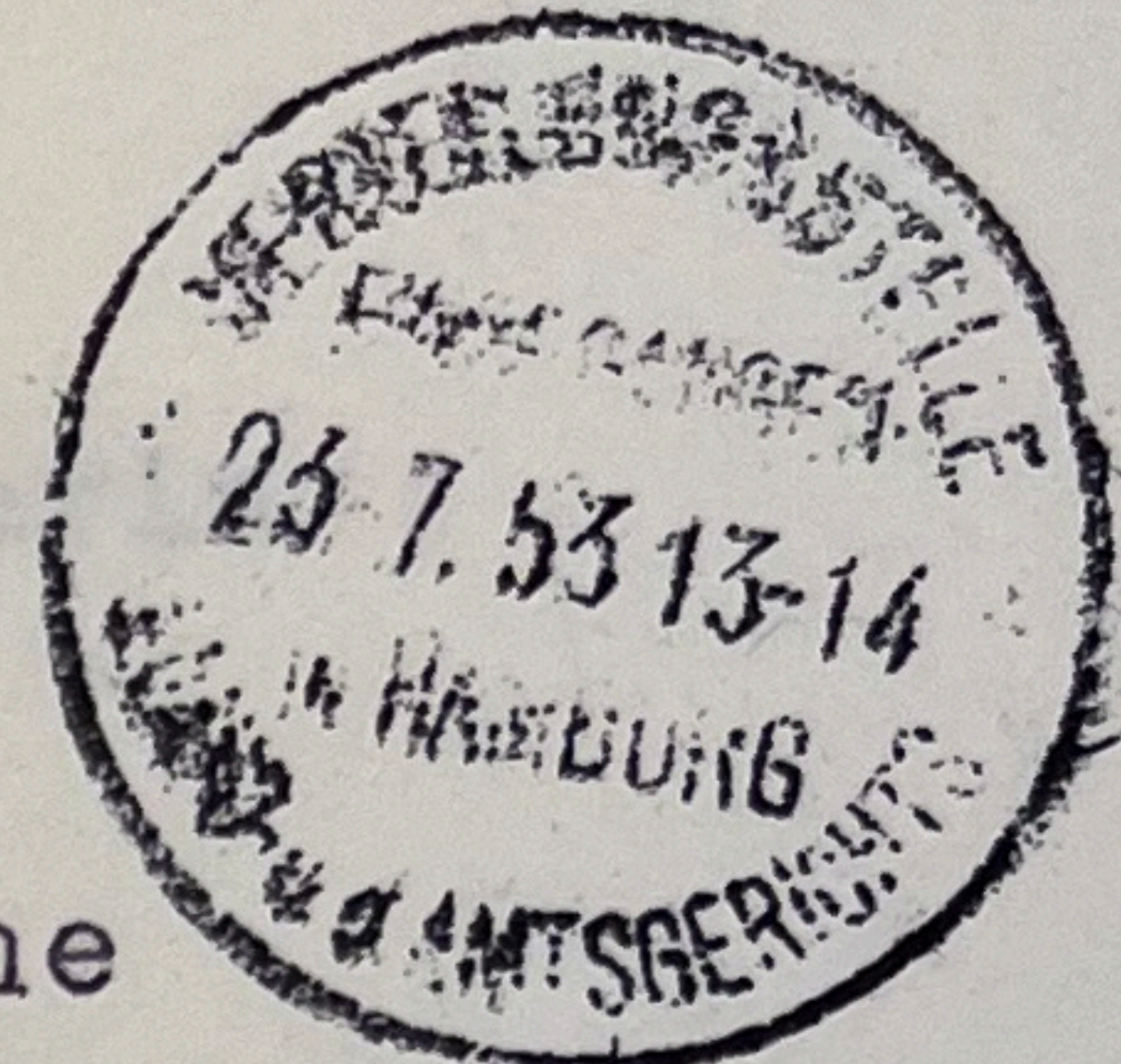
44

An das

Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer

2 WiK 17/53
VI/Z 4863 - 1 -



In der Rückerstattungssache

Ilse Stern ./.

Deutsches Reich

/RAe.Dres.Tiefenbacher
Framhein Steeger
Tiefenbacher/

/Oberfinanzdirektion
Hamburg/

wird für die Antragstellerin noch folgendes vorgetragen :

Die Identität zwischen dem von dem Versteigerer Schopmann versteigerten Hausrat und demjenigen, um den es im vorliegenden Rückerstattungsverfahren geht, kann nicht zweifelhaft sein.

1. Der bei Schopmann versteigerte Hausrat ist seinerzeit in 2 Liftvans verpackt gewesen. Ein derartig reichhaltiger Hausrat wie der hier streitige konnte auch niemals in einem einzigen Liftvan untergebracht werden.

B e w e i s : Auskunft der Firma Keim, Krauth & Co. Hamburg-Altona, Schillerstr. 9-11
notfalls Gutachten eines Sachverständigen.

2. Es trifft zu, dass die bei Schopmann vorgenommene Versteigerung Umzugsgut betraf, das einer Frau Ilse Stern gehörte.

B e w e i s : Auskunft der Firma Schopmann.

3. Umzugsgut von anderen Personen mit gleichem Namen (Ilse Stern) ist in den Devisenakten der Finanzdirektion nicht erfasst worden.

B e w e i s : Auskunft der Oberfinanzdirektion, Hbg.

4. Weitere jüdische Personen mit dem Namen Ilse Stern sind in den 30er Jahren nicht von Hamburg aus ausgewandert und auch gar nicht in Hamburg ansässig gewesen.

3

45

B e w e i s : Auskunft der jüdischen Gemeinde,
Hamburg.

Die Identität zwischen dem hier streitigen und dem von
der Firma Schopmann versteigerten Hausrat kann daher
nicht zweifelhaft sein.

Für die Antragstellerin :
Der Rechtsanwalt :

Gruppe

Kap.

- K.
- 1) Nachr. an V.D. ~~kein~~ Erklärung mit dem Anr.
sich festzustellen, ob auf den Namen
Hse Sonya Stern, geb. Schöning der Verleig.
eingetrag. ist und ob noch für
eine andere Frau Hse Stern Verleigerung
abge- und wann vorgenommen sind.
 - 2) Anfrage beim Wg.-Amt Hbg, ob mehrere Verleig-
den wegen Mangelgutes im Raum der
Hse dort anhängig waren und sind
sind welche weiteren Vornamen bzw. Geburts-
mädchennamen dabei in Frage kommen
Um Anschluss der betreffenden Akten wird
ersucht.
 - 3) Nach 2 Wochen (*5. Termin*)

~~Hbg 24.7.53~~

- 4) Anfruchtensuchen an d. jüd. Gemeinde
hin, ob mehr Personen mit dem Namen
Hse Stern (bzw. weiteren Vornamen und
Mädchennamen in den Jahren 1941 in
1942 in Hamburg wohnhaft waren, die aus-
wandern wollten oder ausgewandert sind

zu 1/2/4/8f.
(s. umseitig)
29.7.53 Hbg, ab:
30.7.53
D.

Hbg 24.7.53 2

Beenden

DR. MAX TIEFENBACHER
DR. ERNST FRAMHEIN
DR. MAX STEEGER
DR. OSWALD TIEFENBACHER
RECHTSANWÄLTE

TELEGRAMM-ADRESSE: ADVOKAT-HAMBURG

KONTEN:

LANDESZENTRALBANK HAMBURG 96

FINANZBANK A.-G., HAMBURG

POSTSCHECK HAMBURG 42023

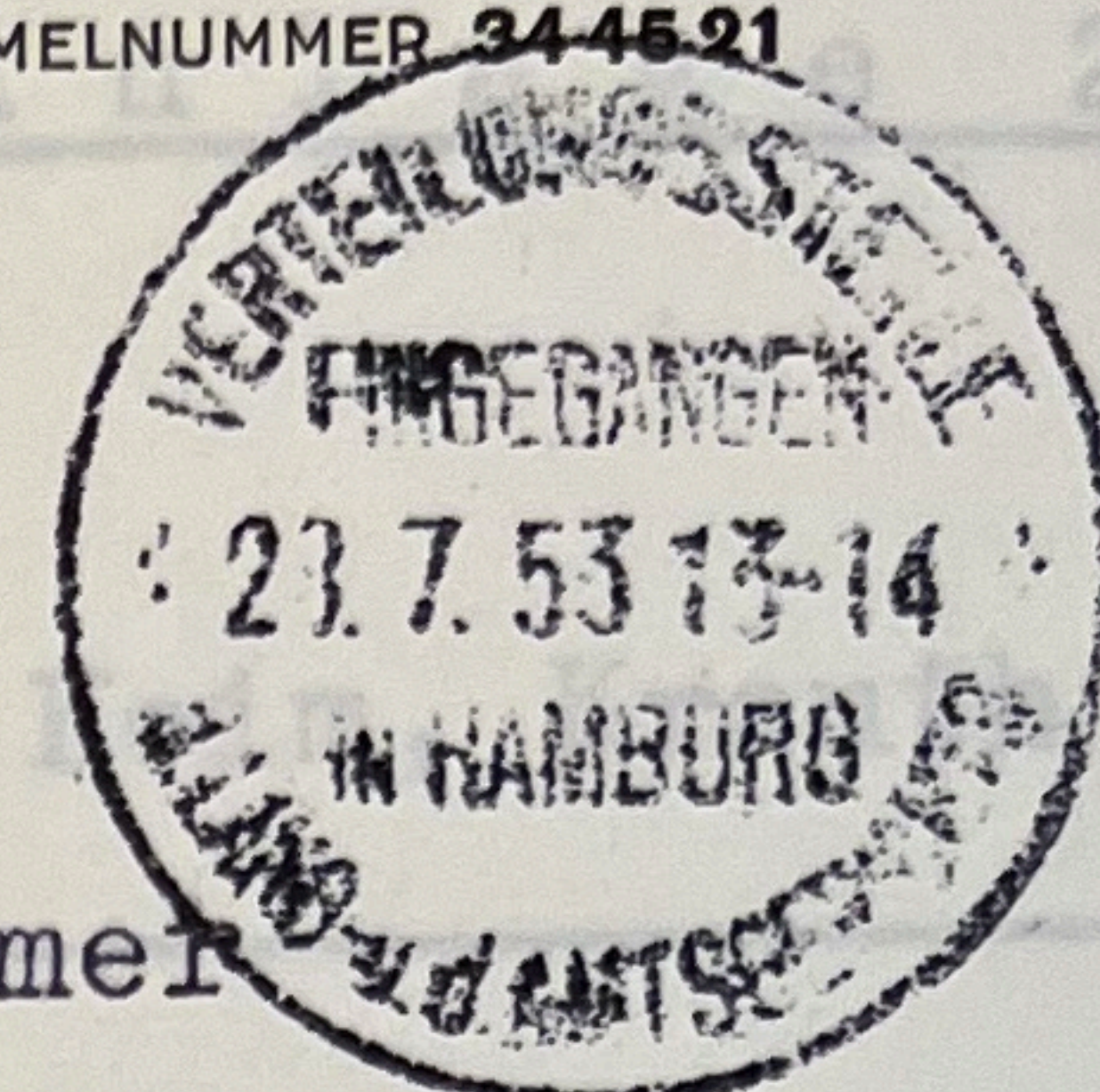
SÄMTLICH UNTER DR. MAX TIEFENBACHER

(24a) HAMBURG 36, DEN

NEUER WALL 10 III. (GUTRUFHAUS)

FERNSPRECHER: SAMMELNUMMER 344521

27. Juli 1953



An das

Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer

2 WiK 17/53
VI/Z 4863 - 1 -

Eilt 1) Abdruck an VFO
für Stellungnahme
N. 10
(Drücker Termin) Aug 28. 53

In der Rückerstattungssache

Ilse Stern ./. Deutsches Reich

/RAe. Dres. Tiefenbacher /Oberfinanzdirektion Hamburg
Framhein Steeger
Tiefenbacher/ zu 1/ab 29/7.53 K

wird in Ergänzung zum diesseitigen Schriftsatz vom
22.7.1953 noch folgendes vorgetragen :

1. Dass es sich nicht, wie ursprünglich irrtümlich
angenommen, nur um 1 Liftvan, sondern tatsächlich um 2
Liftvans der Antragstellerin gehandelt hat, die bei
Schopmann versteigert worden sind, wird nachgewiesen
durch das in der Anlage abschriftlich beigelegte
Schreiben der Firma Keim, Krauth & Co., Hamburg,
vom 1.11.1939

- Anlage 2 -

an die Firma N.V. Transport Mij "Holland", Amsterdam
(dieses Schreiben liegt dem Unterzeichneten nur im
abschriftlichen Wortlaut vor) sowie der in

- Anlage 3 -

als Fotokopie beigelegten Rechnung der Firma Keim,
Krauth & Co., Hamburg, ebenfalls vom 1.11.1939.
Sowohl in dem Schreiben wie auch in der Rechnung wird
von 2 Liftvans gesprochen.

Von Interesse dürfte auch noch das Schreiben der Firma
Keim, Krauth & Co. an die holländische Speditionsfirma
vom 22.11.1939

- Anlage 4 -

sein. Aus diesem Schreiben ergibt sich der Grund, warum
der Transport nicht durchgeführt wurde.

2. Die von dem Unterzeichneten befragten Verwandten der
Antragstellerin bestätigen, dass eine Auswanderin mit dem
gleichen Namen wie dem der Antragstellerin, Ilse Stern, in
Hamburg nicht ansässig war. Bei den beiden fraglichen
Liftvans muss es sich also um diejenigen der Antrag-
stellerin gehandelt haben.

Es wird um Entscheidung gebeten.

Für die Antragstellerin :
Der Rechtsanwalt :

3 Anlagen

K.

52

Aktenzeichen: 2 Wik 17/53

VI/Z. 4863 - 1 -

Öffentliche Sitzung

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

Ilse Stern

Bev.: Dres. Tiefenbacher, Framhein,
pp. Hamburg

~~XXXXXXXXXXXX~~

~~XXXXXXXXXXXX~~

~~Landgericht~~

Beauftr. Richer Faull

gegen

als ~~Beisitzer~~ Einzelrichter

Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion
St 225 - BV 414

Luschei, JA.

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Tiefenbacher

für Antragsgegner Herr Kühnholz mit Vollmacht
ferner der Sachverständige Dr. Krauth

Der Sachverständige wurde auf seine Sachverständigenpflicht
hingewiesen und erklärte

Zur Person: Ich heiße Karl Krauth, Dr., Inhaber der
Firma Keim, Krauth & Co., 63 Jahre alt,
mit der Antragstellerin nicht verwandt
und nicht verschwägert.

Zur Sache: Mir ist die Umzugsliste der Antragsteller-
in in Blatt 11 - 18 der Akte vorgelegt. Ich muss sagen,
dass auch, ohne dass ich die mir später vom Gericht vorgeleg-
ten Fotokopien unserer Rechnung vom 1.11.1939 gesehen habe,

ich

ich geurteilt hätte, dass für die in der Umzugsliste stehenden Sachen 2 Lifts nötig gewesen wären, wenn nicht ein besonders grosser Lift von 25 cbm oder mehr als Einzellift gewählt wäre. Jetzt sehe ich aus der Rechnung vom 1.11.1939, dass 2 Lifts von 20 und 10 cbm benutzt sind. Das wird sicherlich für die Menge zutreffen, die in der Umzugsliste aufgeführt ist.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass sich ja aus dieser Rechnung ohne weiteres ergibt, dass die Sachen zunächst nach Amsterdam und dann nach London sollten; wenn auch nachher die Überfracht nach London zurückvergütet worden ist, so dürfte doch damit gewissermassen die Identität der Sendung feststehen, da Frau Ilse Stern nach Amsterdam und später nach London gegangen ist.

Ich muss noch betonen, dass für einen Lifttransport ausserordentlich wenig Möbel in dem Umzugsgut erwähnt sind. Ich will hieraus jedoch keine Schlussfolgerungen auf den Wert ziehen.

Ich möchte noch bemerken, dass nach meiner Ansicht die Schätzung des Gerichtsvollziehers Bobsien mit gut 19.000.- RM nach dem oberflächlichen Eindruck, den ich aus der Umzugsliste habe, stimmen kann, aber vielleicht auch die obere Wertgrenze erreicht.

Ich möchte noch bemerken, dass ~~ich~~ im November 1939, dem Datum unserer Rechnung, ich selbst im Felde war.

Unter Verzicht auf Vorlesung genehmigt.

Der Vertreter des Antragsgegners erklärte:

Ich will nicht mehr bestreiten

1. dass es sich um 2 Lifts der Antragstellerin gehandelt hat,
2. dass diese Lifts auch der Antragstellerin und nicht einer anderen Dame namens Ilse Stern gehört haben.

g. g. cb
(2+)
18. Aug. 1953

Vfg.

Wegen Anfrage Schopmann nach 10 Tagen erledigt

1. 24. d. 1. Prot. an Parker

Für

Lincher

Dieser Beschluß ist rechtskräftig.

Justizinspektor

Landgericht Hamburg,

2. Wiedergutmachungskammer. Rechtskraftzeugnis

2 WiK 17/1953

VI/Z 4863 -1-

ist der OFD

auf Grund Zust. Urk.

d. Besch. des Ger. Schr. d.

Ger. (§ 706, 2 ZPO) v.

am 2. Okt. 1957 19

erteilt.

Beschluss.

Justizoberinspektor

In der Rückerstattungssache

der Frau Ilse Stern,

36 Leadenhall Street, London E.C.3,

Antragstellerin,

Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Tiefenbacher,

Framhein, Steeger, Hamburg, Neuerwall 10,

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die Freie und

Hansestadt Hamburg-Finanzbehörde-, diese

vertreten durch die Oberfinanzdirektion,

Hamburg, Magdalenenstraße 64,

- St 225 - BV - 43 b -

Antragsgegnerin,

erkennt das Landgericht Hamburg, 2. Wiedergutmachungs-
kammer, auf Grund mündlicher Verhandlung, durch
folgende Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,

2. Amtsgerichtsrat Ehrhardt,

3. beauftragter Richter Faull

am 15. August 1953 beschlossen:

I. Unter Abweisung weitergehender An-
sprüche wird festgestellt, daß das Deutsche
Reich verpflichtet ist, der Antragstellerin
den Verlust versteigerten Umzugsgutes im
Werte von 18.500.- RM zu ersetzen. Als
Zeitpunkt des Verlustes wird der 12. August
1941 festgestellt.

Ho

Gerichts-

Form 3 gef.
10/12.53 Suu

1) Ausfertigung an:

2 X Parteien

- X Beteiligte

- mit Urkunden

2) je 1 Abschrift an

Landgericht

f. Vermögen. Kont.

- Grundbuchamt

1) Zentralamt

mit CC 1619.12.53

3) Form B ab zum

28.8.53

ab am:

31.8.53

II. Gerichtskosten werden nicht erhoben, die außergerichtlichen Kosten trägt jede Partei selbst.

G r ü n d e .

Die Antragstellerin ist Jüdin im Sinne der abgeschafften Rassegesetzgebung des Dritten Reiches. Sie wohnte früher in Hamburg und wanderte auf Grund der Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden nach England aus. Sie überreichte ¹⁹³⁹ die jetzt bei den Gerichtsakten befindliche Liste ihres Umzugsgutes der Devisenstelle, die die Genehmigung zur Ausfuhr zunächst nicht erteilte, weil die Antragstellerin vor Auswanderung nicht alle Steuern bezahlt hatte. Sie schuldete bei Beantragung der Genehmigung noch einen Betrag von 3 12.62 RM. Infolgedessen wurde der Firma Keim, Krauth & Co. in Hamburg, bei der das Umzugsgut lagerte, verboten, das Gut herauszugeben.- Die Gestapo beauftragte später den Auktionator Schopmann mit der Versteigerung. Ein Protokoll über diese Versteigerung existiert nicht, da ~~Schopmanns~~ Unterlagen den Kriegseinwirkungen zum Opfer gefallen sind. Der Bruttoerlös betrug 4025.- RM; der Nettoerlös von 3020.10 RM wurde am 12. August 1941 an die Oberfinanzdirektion Hamburg abgeführt.

Die Antragstellerin hat wegen dieses Verlustes Rückerstattungsansprüche nach dem Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung rechtzeitig angemeldet. Bei der Anmeldung hat sie einen Schadensersatz in Höhe von 15/20.000.- RM geltend gemacht. Nach Einreichung der Umzugsliste hat sie später den Schaden mit 46.807.- RM beziffert.

Der Antragsgegner hat zunächst der Rückerstattung grundsätzlich nicht widersprochen, hat sich jedoch bezüglich